

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/241

Bonn, den 19. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Unerträgliche Ungleichheit 59

Benachteiligung der Frauen - unvereinbar mit EWG-Bestimmungen

Von Annemarie Renger, MdB,
Mitglied des Parteivorstandes der SPD

2 - 3 Finnlands Frauen 94

Ihre hervorragende Rolle in der Gesellschaft

Von Friedrich Ege, Helsinki

4 - 5 Ein neuer Gefahrenherd 73

Sowjetdruck auf die Türkei

PRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Was ist aus der Frauen-Enquête geworden?

Rund 100 neue SPD-Frauen in sächsischen Kommunalparlamenten
Kurzmeldungen

* *

Unerträgliche Ungleichheit

Benachteiligung der Frauen - unvereinbar mit EWG-Bestimmungen

Von Annemarie Renger, MdB,
Mitglied des Parteivorstandes der SPD

In diesen Tagen trafen sich sozialdemokratische Frauen aus den EWG-Ländern und aus Skandinavien, um sich über den Stand einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene zu informieren. Außerdem standen Beratungen über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Arbeitsentgelts für Männer und Frauen und die Empfehlung zum Mutterschutz auf der Tagesordnung.

In allen Staaten der Gemeinschaft gewinnt die Erwerbstätigkeit der Frau immer größere Bedeutung. Trotzdem sind noch nicht in allen Mitgliedsländern Maßnahmen getroffen worden, um die Anwendung des Grundsatzes der Lohngleichheit zu sichern. Am größten sind die Lohndiskriminierungen dort, wo der Prozentsatz an weiblichen Arbeitskräften am höchsten ist. Um dieser bestehenden Ungleichheit in der Bezahlung von Männern und Frauen und der Ungleichheit der beruflichen Chancen entgegenzuwirken, hat die EWG-Kommission eine umfangreiche Untersuchung über das Gesamtproblem in die Wege geleitet.

Dessen ungeachtet wäre die Bundesrepublik schon längst in der Lage, entsprechend des Artikels 119 des EWG-Vertrages die volle Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen herbeizuführen. Jedermann weiß, daß diese EWG-Bestimmung in der Bundesrepublik dadurch umgangen wird, indem man - abgesehen von fragwürdigen tariflichen Abmachungen - für Frauen sogenannte Leichtlohngruppen geschaffen hat, die eine unerträgliche Diskriminierung der Frauen darstellen. Diese unterschiedliche Bewertung der Arbeitsleistung bei der Festsetzung des Entgelts ist unvereinbar mit Artikel 119 des

EWG-Vertrages. Es wäre an der Zeit, durch eine Verfassungsklage feststellen zu lassen, ob die Einhaltung dieser Bestimmung erzwungen werden kann, das heißt, ob Artikel 119 jedem Bürger in der EWG Rechte verleiht, die von den staatlichen Gerichten zu beachten sind.

Was den Mutterschutz betrifft, so sind wir in der Bundesrepublik zwar ein Stück weitergekommen, aber immer noch gibt es viel zu tun. In anderen Staaten erhält die Mutter beispielsweise für ein Jahr ein "Mutterschaftsgeld", wenn sie sich in dieser Zeit allein der Pflege ihres Kleinstkindes widmet. Was wir jedoch vor allen Dingen brauchen, sind soziale Gemeinschaftseinrichtungen von der Kinderkrippe bis zur Ganztagschule, damit auch der erwerbstätigen Mutter und damit der ganzen Familie ermöglicht wird, ihrer Arbeit ohne die ständige Beunruhigung, ob die Kinder in guter Obhut sind, nachzugehen. Auch hier sollten wir schnellstens den Empfehlungen der EWG und der Empfehlung der ILO 123 entsprechen.

Überzeugend wurde dargelegt, daß der Zusammenschluß der sechs Mitgliedsländer in der Europäischen Gemeinschaft die wirtschaftliche, technische und kulturelle Entwicklung und den Lebensstandard der Völker entscheidend angehoben hat. Diese große Leistung der EWG wird aber von den politischen Schwierigkeiten verdeckt. Es sollte endlich dazu übergegangen werden, die guten Seiten des europäischen Zusammenschlusses stärker ins Bewußtsein der Menschen zu bringen. Dazu wäre es notwendig, daß das Büro der Europäischen Gemeinschaften einen sehr viel höheren Fonds zur Verfügung gestellt bekäme, mit dem eine sinnvolle Public-Relations-Arbeit ermöglicht wird. Kein Privatunternehmen könnte es sich in dieser Weise leisten, seine Leistungen und Qualitäten so zu verbergen, wie es in Brüssel und Straßburg geschieht.

Die Etats der im EWG-Bereich wirkenden Interessentengruppen sind um ein Vielfaches höher als die Summe, die die Regierungen der Gemeinschaft für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stellen. Hier sollten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sehr schnell einen Vorstoß unternehmen. Der europäische Gedanke verdient diese Unterstützung.

Finnlands Frauen

Ihre hervorragende Rolle in der Gesellschaft

Von Friedrich Ege, Helsinki

Seit jeher spielt die finnische Frau eine bedeutende Rolle in der Gesellschaft. Unter den besonderen Verhältnissen des Landes - großer Raum, dünne Besiedlung - kommt die Gesellschaft ohne die vielseitige, aktive Mitarbeit der Frau überhaupt nicht aus, ganz abgesehen davon, daß das Einkommen der Männer vielfach nicht ausreicht, um die Familie zu versorgen.

53 Prozent aller Frauen über 15 Jahre haben eine regelmässige Arbeit außerhalb des Hauses. Etwa 80 Prozent aller Zahnärzte, 68 Prozent der Ärzte sind Frauen, ebenso gegen 90 Prozent der Pharmazeuten, über 40 Prozent der Chemiker, 58 Prozent der Lehrer an Oberschulen und etwa 75 Prozent der Volksschullehrer sind Frauen (an den beiden untersten Klassen unterrichten praktisch nur Frauen) sowie 80 Prozent der Bankangestellten und fast alle Friseure.

In der Industrie sind 39 Prozent der dort tätigen Personen Frauen. Viele Frauen sind auch im Baugewerbe tätig. Es gibt auch einige weibliche Bankdirektoren, aber auch in Finnland ist es für Frauen ungeheuer schwierig, eine leitende Stellung in der Wirtschaft zu bekommen (2 - 4 Prozent).

An den Hochschulen beträgt die Zahl der Studentinnen zwischen 45 und 50 Prozent; an der Technischen Hochschule nur etwa 6 Prozent. An den Oberschulen überwiegen die weiblichen Schüler. Unter den Hörern der Volkshochschulen beträgt der Anteil der Frauen 70 Prozent. Fast 50 Prozent der Besitzer von Apotheken sind Frauen und 14 Prozent der Besitzer von Landwirtschaften. Gegen 65 Prozent der Geschäftsinhaber sind Frauen (vor allem Lebensmittelgeschäfte, Friseurgeschäfte, Blumen-geschäfte usw.). Auf der Kirchensynode im November 1968 haben sich nunmehr 88 gegen 53 Teilnehmer für die Einführung von Frauen als Geistliche ausgesprochen. In etwa zwei Jahren wird die endgültige Entscheidung fallen, ob das Kirchengesetz geändert wird.

Diese Zahlen zeigen, daß die finnische Frau eine sehr aktive Rolle in der Gesellschaft spielt. Sie besitzt eine ungeheure Energie und Ausdauer (also das, was man hier "sisu" nennt) und Selbständigkeit. Sie versteht es auch, die Zügel fest und sicher in der Hand zu halten. Auch im politischen Leben Finnlands spielt die Frau eine sehr bedeutende Rolle.

Bis zum Jahre 1906 gab es kein gewähltes Parlament in Finnland, nur die Ständevertretung (Adel, Geistlichkeit, Bürger, Bauern), von der die Arbeiter praktisch ausgeschlossen waren, denn bei Bürgern und Bauern bestimmte das Einkommen, der Besitz, ob man Stimmrecht besaß. Als Folge des Kampfes der finnischen Arbeiter wurde das allgemeine Wahlrecht durchgeführt, wobei der große Generalstreik Ende 1905 in Finnland eine entscheidende Rolle spielte. Bei diesen ersten allgemeinen Wahlen für das erste Parlament im Frühjahr 1907 ging man dann gleich einen Schritt weiter und gab auch den Frauen das Stimmrecht und das Recht der Wählbarkeit. Damit war Finnland das erste Land in Europa, das den Frauen das Wahlrecht gab - und das zweite Land in der Welt (nach Neuseeland). In dieses erste finnische Parlament (immer 200 Plätze) wurden auch 19

Frauen gewählt (9,5 Prozent der Abgeordneten); heute sind 17 Prozent der Abgeordneten Frauen. Im Jahre 1926 gab es die erste finnische Frau in einer Regierung; gegenwärtig ist Frau Tiekso Sozialminister; sie ist Akademikerin und gehört der kommunistischen Partei an. Unter den Stadtverordneten von Helsinki gibt es gegenwärtig etwas über 30 Prozent Frauen.

Aber in Bezug auf das Einkommen bei gleicher Arbeit ist die Frau in Finnland noch sehr im Rückstand. In der Industrie verdient die Frau etwa 62 Prozent vom Lohn des Mannes, im Handel 65 Prozent, bei weiblichen Zivilökonominnen mit Handelshochschulbildung kann der Unterschied 40 bis 50 Prozent sein. Der Mutterschaftsurlaub ist nicht allgemein geordnet; nur Beamtinnen erhalten einen zweimonatigen bezahlten Mutterschaftsurlaub. Im Übrigen heißt es lediglich: Frauen dürfen vier Wochen lang nach der Entbindung nicht in Arbeit stehen. Von einer Bezahlung ist jedoch nicht die Rede.

Auch auf den Gebieten der Kunst und Literatur stehen die finnischen Frauen in der ersten Reihe. Die 1946 verstorbene Malerin Helena Schjerfbeck gilt nicht nur als die bedeutendste Malerpersönlichkeit Finnlands, sondern des ganzen Nordens. Oder Fanny Churberg, Ellen Thesleff, Ester Helenius bis zu Eva Cederström, Anitra Lucander und Anita Snellman vertreten die beste Seite der finnischen Malerei. Unter den Bildhauern unserer Tage gehören Eila Hiltunen, Laila Pullinen, Essi Renvall zu den führenden Künstlerinnen des Landes wie unter den modernen Architekten u.a. Kaja Sirén und Elsie Borg.

Im Jahre 1964 veranstaltete die Bundesrepublik in Helsinki eine große moderne deutsche Kunstausstellung; keine einzige Frau gab es unter den deutschen Künstlern. Eine finnische Kunstausstellung ohne Frauen ist dagegen undenkbar.

Unter den Schriftstellern ist der Einsatz der Frauen ganz besonders stark. In der Lyrik gibt es zahlreiche Autorinnen, die das Niveau der Weltliteratur erreichten: Edith Södergran, Katri Vala, Aino Kallas, Solveig von Schoultz, Aila Meriluoto, Helvi Juvonen, Eeva-Liisa Manner, die außerdem zu den führenden modernen Dramatikern gehört. Von den Prosaschriftstellern Elvi Sirervo, Hagar Olsson, Eva Wichman, Marja-Liisa Vartiio, Eila Pennanen, Eeva Joepelto u.a. Auch auf dem Gebiet der Dramatik gehören die Frauen zu den führenden Kräften: Minna Canth, die schon Mitte der 30er Jahre den Arbeiter auf die Bühne stellte, Maria Jotuni, Hella Wuolijoki, Kyllikki Mäntylä. In der heutigen Musik Finnlands gibt es auch eine Sinfonikerin, Helvi Leiviskä. Und das Gebiet der Kunstindustrie, des Kunstgewerbes ist ohne die längst international anerkannte schöpferische Tätigkeit der finnischen Frau gar nicht denkbar.

Wenn heute in der Welt die finnischen Gläser, die finnische Keramik, die finnischen Textilien (besonders auch die Wandteppiche) uneingeschränkte Bewunderung hervorrufen, so ist dieses hohe künstlerische Niveau vor allem auch der künstlerischen Phantasie und dem hohen technischen Können der finnischen Frau zu verdanken.

+ + +

Ein neuer Gefahrenherd

Sowjetdruck auf die Türkei

H.P.R. - Die Gründe des sowjetischen Entsetzens über die Entsendung zweier amerikanischer Zerstörer in das Schwarze Meer liegen auf der Hand: Das Schwarze Meer reicht sehr viel weiter noch als die Ostsee in den Osten hinein und ermöglicht daher die Erfassung sehr großer Teile der Sowjetunion mit Radar. Aber die Schreie des Zornes und Protestes, die man gegenwärtig vor allem aus Moskau und Warschau hört, kommen eigentlich ein wenig zu spät, denn bereits 1957 haben amerikanische Zerstörer das Schwarze Meer besucht, angeblich, um türkische Häfen zu besuchen, wie der NATO-Admiral Rivero versichert hat.

Das Schwarze Meer ist schließlich auch ein internationales Gewässer, eine Rechtslage, an der auch die Konvention von Montreux nichts geändert hat. Der Westen hat seine Rechte im Schwarzen Meer nie aufgegeben, aber, das ist die ganze Wahrheit, nur sehr sporadisch ausgenutzt. Besuche der amerikanischen Flotte im Schwarzen Meer hatten Seltenheitswert, und sogar die türkische Flotte hat bisher darauf verzichtet, außerhalb des Küstengebiets zu operieren, was einen entgegenkommenden Verzicht auf Aufklärung im Bereich der sowjetischen Schwarzmeerhäfen wie zum Beispiel Odessa einschloß.

Währenddessen waren die Sowjets viel aktiver, indem sie zum Beispiel sogar in unmittelbarer Nähe der amerikanischen Küste operierten.

Den Sowjets wurde jetzt lediglich demonstriert, daß der Westen die Möglichkeit hat, seine Rechte im Schwarzen Meer voll auszunutzen, und diese Rechte werden durch den Vertrag von Montreux genau definiert. Außerdem darf man nicht unberücksichtigt lassen, daß der Vertrag von Montreux praktisch die volle Souveränität der Türkei, die heute ein NATO-Staat ist, über die Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen herstellte und bekräftigte.

Die Türken sind, wie Außenminister Saracogius bereits im Jahre 1939 zu Molotow sagte, nicht die Wächter, sondern die Besitzer der Meerengen, und wenn man heute die sowjetischen Proteste hört, dann klingen sie so, als versuchte Moskau, diese türkische Souveränität einzuschränken. Mit anderen Worten: Nachdem man den Türken bereits 800 Millionen DM Wirtschaftshilfe aus Moskau zugeschanzt hat, wird jetzt

die Politik des direkten Druckes auf die Goldene Pforte, den Eckpfeiler der Atlantischen Union im Südosten Europas, fortgesetzt, eine Politik, die uralte ist und seit den Zeiten der Großen Katharina Ursache aller Kriege zwischen Rußland und der Türkei war.

Wir haben also wohl in der Folgezeit mit dem Ausbruch neuer Konflikte zwischen der Sowjetunion und der Türkei zu rechnen, mit einem weiteren Krisenherd, was natürlich auch die Presse der Türkei beeinflusst hat, die ihr Entsetzen über die sich verstärkende Konzentration russischer und amerikanischer Marineeinheiten in ihrem Souveränitätsgebiet ausdrückt.

Doch die Sowjets wollen aus dem Gewohnheitsrecht, demzufolge das Schwarze Meer exklusiv das ihre war, sogar Ansprüche auf das ganze Mittelmeer ableiten. Sie verkünden laut, als Anrainer des Schwarzen Meeres seien sie in Wirklichkeit die stärkste Macht auch im mediterranen Raum, und das wiederum befugt sie nach ihrer Meinung, nicht nur die Souveränität der Türkei, sondern sogar Italiens anzugreifen, wo vor kurzem ein Luftüberwachungskommando der NATO sein Hauptquartier aufgeschlagen hat. Genauer gesagt: Die Sowjetunion ist diesmal nicht bereit, die moralische Niederlage in der Tschechoslowakei durch eine Politik der außenpolitischen Abstinenz abzuschwächen, sondern setzt ihren aggressiven Kurs wenigstens in unserem Beobachtungsraum, im Mittelmeer und auf dem Balkan, fort, was natürlich vor allem die renitenten Kommunisten in diesem Gebiet stark beunruhigt.

In Albanien weilte daher eine Delegation der chinesischen Volksarmee, die unter anderem über die Lieferung weiterer moderner Waffensysteme an dieses kleine Balkanland verhandelte, und die Jugoslawen haben eine Militärdelegation unter Leitung des stellvertretenden Generalstabchefs Dušan Korać nach Paris geschickt - der raffinierteste Weg, um mit der NATO in Verbindung zu treten, nachdem die Belgrader Politik der Blockfreiheit durch die sowjetischen Waffenlieferungen an Algerien einen neuen und sehr schweren Schlag erlitten hat. Gerüchte, denen zufolge Albanien sogar beabsichtigt, chinesische Militäreinheiten aufzunehmen, können bisher aus Belgrad nicht bestätigt werden, klingen außerdem insgesamt unglaubwürdig, doch Jugoslawien würde jede Einengung der albanischen Souveränität als Gefahr für sich selbst betrachten.

Neue Gefahren also auch hier, an der Peripherie der NATO - Gefahren allerdings, die man riskieren muß, wenn man dem aggressiven Flügel innerhalb der sowjetischen Staats- und Parteiführung keine neuen Argumente schenken will, die sich dann zum Beispiel auch in anderen Teilen der Welt zum Nachteil des Westens auswirken können.